



Halle (Saale), den 14. März 2018

Mobile Opferberatung stellt Jahresbilanz 2017 vor:
+ Knapp 200 politisch rechts motivierte Gewalttaten in Sachsen-Anhalt
+ Rassismus größte Gefahr für die Gesellschaft
+ Bedrohliche Zunahme antisemitischer Angriffe von Rechts

198 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit 291 direkt Betroffenen hat die Mobile Opferberatung für das Jahr 2017 in Sachsen-Anhalt registriert. Dies ist die dritthöchste Zahl rechter Gewalttaten in den letzten zehn Jahren. „Es gibt nach der massiven Zunahme in den beiden Vorjahren (2015: 217, 2016: 265 Angriffe im Vergleichszeitraum) trotz eines Rückgangs keinen Anlass zur Entwarnung“, so eine Sprecherin der Mobilien Opferberatung. 73 Prozent der Angriffe (145) waren rassistisch motiviert. Damit ist deren Anteil an der Gesamtzahl sogar noch weiter gestiegen.

„Das Ausmaß rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist ausgesprochen bedrohlich“, sagt eine Sprecherin der Mobilien Opferberatung. Alle zwei Tage wurden im Jahr 2017 Menschen in Sachsen-Anhalt aufgrund ihrer (vermeintlichen) Herkunft, ihres politischen Engagements bzw. Einstellung, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer geschlechtlichen Identität bzw. sexuellen Orientierung oder ihrer Behinderung angegriffen. Die Zahl für 2017 kann nur als vorläufig gewertet werden, da wie auch in den Vorjahren mit Nachmeldungen zu rechnen ist. So haben sich mittlerweile die Angriffe für das Jahr 2015 auf 239 und für 2016 auf 290 erhöht.

„Das Problem heißt immer noch Rassismus“

Während bis 2011 noch Nichtrechte und politische Gegner*innen die Hauptbetroffenengruppe ausmachten, sind seit Jahren von Rassismus Betroffene die am stärksten gefährdete Gruppe. Besonders häufig werden Geflüchtete bzw. von den Täter*innen dieser Gruppe zugeschriebene Frauen, Männer und Kinder angegriffen. Meist sind es männliche Jugendliche und junge Erwachsene, die sich nicht nur einer entgrenzten Gewalt ausgesetzt sehen, sondern oft auch mit einer Gegenanzeige rechnen müssen. „Die Täter*innen nutzen die rassistischen Bilder in der Gesellschaft, um gezielte Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben“, betont eine Sprecherin der Mobilien Opferberatung.

Das Ausmaß rassistischer Gewalt gegen Kinder ist nach einer Verdreifachung in 2016 weiterhin alarmierend hoch. So hat die Mobile Opferberatung für 2017 35 direkt Betroffene unter 14 Jahren registriert (2016: 45). In Magdeburg zum Beispiel hatte im Oktober ein Unbekannter ein sieben Monate altes Baby mit einem Stock im Gesicht verletzt, nachdem er eine junge Syrerin in Begleitung ihrer drei Kinder in der Straßenbahn rassistisch beleidigt hatte. In zehn weiteren Fällen waren Kinder auch indirekt betroffen. So wurde im Sommer eine 26-jährige Schwarze Frau in Anwesenheit ihrer eineinhalb und vierjährigen Kinder auf einem Spielplatz in Halle-Neustadt rassistisch beschimpft und zu Boden getreten.

„Politik und Gesellschaft müssen sich klar an der Seite der Betroffenen positionieren und endlich etwas gegen den alltäglichen Rassismus tun“, fordert die Sprecherin der Mobilien Opferberatung. „Stattdessen macht sich der Staat zum Mittäter durch immer weitere Asyl- und Aufenthaltsrechtsverschärfungen, rücksichtslose Abschiebungen und bewusste Desintegration von Geflüchteten. Das Problem heißt immer noch Rassismus und daran etwas zu ändern, ist Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft“, so die Sprecherin weiter.

Zunahme antisemitischer Gewalt

In Sachsen-Anhalt wurde von der Mobilien Opferberatung mit neun Körperverletzungen gegen 17 Betroffene in 2017 erstmals eine steigende Zahl antisemitischer Gewalttaten registriert. Bisher hatte das Projekt ein bis drei Angriffe pro Jahr gemeldet. So wurde im letzten Jahr ein 57-jähriger Kippa tragender Mann gleich zweimal in Zeitz (Burgenlandkreis) auf der Straße antisemitisch beleidigt und u.a. mit einer Bierflasche auf

den Kopf geschlagen oder in Magdeburg Besucher*innen eines jüdischen Friedhofs attackiert. „Viele Juden und Jüdinnen vermeiden es aus Angst vor Angriffen, ihre Religionszugehörigkeit in der Öffentlichkeit zu zeigen“, so die Sprecherin der Mobilien Opferberatung. Bei allen der Mobilien Opferberatung bekannten antisemitischen Angriffen kamen die Täter aus dem rechten Spektrum: „Die reale Gefahr für Juden und Jüdinnen, bedroht und angegriffen zu werden, geht von Rechts aus“, sagt die Sprecherin weiter.

Des Weiteren richteten sich 26 und damit 13 Prozent der für 2017 erfassten Angriffe gegen (vermeintliche) politische Gegner*innen, d.h. Menschen, die sich gegen Rassismus und Neonazismus engagierten oder bei rechten Angriffen eingriffen (2016: 72). In 8 Fällen waren nichtrechte Jugendliche und Erwachsene betroffen (2016: 12). Vier Taten wurden aus Homo- und Transfeindlichkeit (2016: 1) und zwei aus sozialdarwinistischen Motiven (2016: 2) begangen. Vier Angriffe wurden in den Antworten der parlamentarischen Anfragen keinem spezifischen Themenfeld zugeordnet.

Wie in den Vorjahren war der Großteil der erwachsenen direkt Betroffenen politisch rechts motivierter Gewalt männlich (2017: 222, 87 Prozent). Aber auch 34 Frauen waren in 2017 direktes Ziel rechter und rassistischer Angriffe und zwölf Frauen waren indirekt betroffen.

Straftatbestände

Bei 91 Prozent der dokumentierten Angriffe (181) handelt es sich um versuchte bzw. vollendete Körperverletzungsdelikte, davon 79 gefährliche Körperverletzungen (2016: 232). Als weitere Gewaltdelikte wurden jeweils ein Raub und ein gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr sowie zwei Brandstiftungen (2016: 12) registriert. Außerdem wurden aufgrund der Massivität des Angriffs bzw. der Folgen für die Betroffenen neun Nötigungen/ Bedrohungen (2016: 6) und vier Sachbeschädigungen (2016: 9) in die Statistik aufgenommen. Bei 181 Angriffen wurde Anzeige erstattet bzw. von der Polizei Ermittlungen eingeleitet.

„Trotz des erfreulichen Rückgangs der Brandstiftungen im Vergleich zum letzten Jahr wurden auch 2017 erneut zwei rassistische Anschläge auf Wohnhäuser verübt, bei denen nur durch glückliche Umstände niemand verletzt wurde“, warnt die Sprecherin der Mobilien Opferberatung. So wurde im September 2017 in Köthen (Anhalt-Bitterfeld) gegen 5 Uhr früh die Eingangstür eines Hauses, in dem sich ein Jugendclub und Wohnungen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete befinden, von drei Unbekannten in Brand gesetzt. Die Bewohner bemerkten dies rechtzeitig und konnten das Feuer löschen.

Schwerpunktregionen und Angriffsorte

80 Prozent der politisch rechts motivierten Gewalttaten in Sachsen-Anhalt in 2017 fanden im städtischen Raum (ab 20.000 Einwohner) statt. Dabei sind erneut Halle (Saale) mit 47 Angriffen (2016: 47) und Magdeburg mit 39 Angriffen (2016: 30) Zentren rassistischer und rechter Gewalt. „In der Saalestadt geht die Gefahr dabei auch von dem seit Frühjahr 2017 bestehenden Hausprojekt der Identitären Bewegung in der Adam-Kuckhoff-Straße aus, welches nicht nur die Lebensqualität der Bewohner*innen des Viertel beeinträchtigt, sondern aus dessen Umfeld auch Angriffe auf (vermeintliche) politische Gegner*innen verübt wurden“, stellt die Sprecherin der Mobilien Opferberatung fest.

Es folgen die Landkreise Altmarkkreis Salzwedel und Anhalt-Bitterfeld mit je 15 politisch rechts motivierten Angriffen (2016: 18 und 16), der Burgenlandkreis mit 14 (2016: 17), Wittenberg mit zwölf (2016: 10) und die Börde mit zehn Gewalttaten (2016: 18). Im Jerichower Land, wo die Mobile Opferberatung in 2016 noch 40 Gewalttaten, davon 36 in Burg, zu verzeichnen hatte, sind die bekannt gewordenen Gewalttaten auf neun (acht in Burg) gesunken.

In 2017 fanden 150 politisch rechts motivierte Angriffe (76 Prozent) in der Öffentlichkeit, also auf öffentlichen Straßen und Plätzen, an Haltestellen, in Straßenbahnen und Zügen, in Supermärkten und Kneipen statt. Die Sprecherin macht deutlich: „Vor allem von Rassismus Betroffene müssen jederzeit damit rechnen, beleidigt und angegriffen zu werden. Dies wirkt sich langfristig auch massiv auf die psychische Gesundheit aus“.

Für Rückfragen erreichen Sie Frau Arndt unter Tel. 0345/ 2267100 oder Mobil: 01702948413.

Erläuterungen zum Projekt und zum Monitoring:

Die Mobile Opferberatung in Trägerschaft von Miteinander e.V. berät und unterstützt seit 2001 Betroffene politisch rechts motivierter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Von den drei Anlaufstellen in Salzwedel, Magdeburg und Halle (Saale) aus, sind insgesamt sieben Mitarbeiter*innen tätig. Die Beratung ist vertraulich, unabhängig von einer Anzeige und auf Wunsch auch aufsuchend in neun Landkreisen und zwei kreisfreien Städten.

Eine weitere Aufgabe des Projekts ist das unabhängige Monitoring politisch rechts motivierter Gewalt in Sachsen-Anhalt, das es seit 2003 gibt. Die Dokumentation erfolgt in Kooperation mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten in Dessau und beruht auf Berichten von Betroffenen bzw. deren Angehörigen, Freund*innen oder Zeug*innen von Angriffen sowie einer systematischen Auswertung parlamentarischer Anfragen zur PMK-rechts und von Presseartikeln.

Die Erfassungskriterien der Mobilien Opferberatung orientieren sich dabei am bundeseinheitlichen polizeilichen Definitionssystem „politisch motivierten Kriminalität“ (PMK). Demnach gilt eine Tat als politisch motiviert, „wenn in Würdigung der Umstände der Tat¹ und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie (...) gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen

- politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements,
- Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe,
- Religionszugehörigkeit, Weltanschauung,
- sozialen Status, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung,
- sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder
- äußeren Erscheinungsbildes,

gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

¹ Bei der Würdigung der Umstände der Tat ist neben anderen Aspekten auch die Sicht der/des Betroffenen mit einzubeziehen.«

(Quelle: Bundeskriminalamt 2016: Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, S. 5)

Differenzen zwischen den Zahlen von Polizei und Mobiler Opferberatung ergeben sich zum einen aus unterschiedlichen Bewertungen der Tathintergründe. Zum anderen dokumentiert die Mobile Opferberatung nach sorgfältiger Recherche auch Gewalttaten, die nicht zur Anzeige gebracht wurden sowie in Einzelfällen auch Bedrohungen, Nötigungen und Sachbeschädigungen, wenn diese mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen verbunden waren.

Aussagen darüber, wie viele der von der Mobilien Opferberatung in 2017 erfassten Angriffe auch von dem Landeskriminalamt Sachsen-Anhalts als politisch rechts motiviert gewertet wurden, können noch nicht abschließend getroffen werden. Die Veröffentlichung der Statistik durch den Innenminister und der parlamentarischen Jahresabfrage ist noch nicht erfolgt. Im Jahr 2016 lag das Wahrnehmungsdefizit der staatlichen Behörden bei 56 Prozent.

Außerdem aktualisiert das Projekt – im Gegensatz zur polizeilichen Erfassung – auch die Statistiken aus den Vorjahren nach Bekanntwerden weiterer Angriffe oder nach Verifizierung der Tatmotivation. Die in der Pressemitteilung genannten Zahlen für 2016 beziehen sich auf den Stand vom März 2017 zum besseren Vergleich. Auf unserer Webseite und in der grafischen Darstellung sind die Zahlen inklusive der Nachmeldungen dokumentiert.